

# Nepal im Überblick

zusammengestellt von Thomas Döhne

## Kardamompreise im Keller

Viele Bauern haben angesichts des dramatischen Preisverfalls von Kardamom als Folge eines Überangebots beschlossen, den von ihnen produzierten Kardamom nicht mehr auf den Markt zu bringen, sondern einzulagern. Der Preis dieses edlen Gewürzes ist im Vergleich zum Vorjahr um über 40 Prozent gesunken; von 2200 nepalischen Rupien (NRs) im letzten Jahr auf aktuelle 1300 NR pro Kilo. Die Kardamomproduktion sei – so die Erklärung des Händlers Ajay Tamang – vor allem deshalb gestiegen, weil zurückgekehrte Arbeitsmigranten in großem Stil angefangen hätten, Kardamom anzubauen. Sowohl die Anzahl der Produzenten als auch die produzierte Menge sei in kurzer Zeit exponentiell gestiegen.

## Asiatische Entwicklungsbank investiert in bessere Schulbildung

Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB; *Asian Development Bank*) hat einen Kredit in Höhe von 120 Millionen US-Dollar für schulische Qualitätsverbesserungen des Sekundarstufenunterrichts in Nepal genehmigt. Die in Manila ansässige, multilaterale Entwicklungsbank erklärte, der Kredit sei Teil eines konzertierten Entwicklungsprogramms, in dessen Rahmen insgesamt 6,5 Milliarden US-Dollar für den Schulsektor-Entwicklungsplan bereitgestellt werden; die staatliche Bildungsinitiative für die Jahre 2017 bis 2023. Diese Initiative sieht unter anderem die Einrichtung von 200 Modellschulen mit erdbeben- und katastrophengeschützter Infrastruktur, verbesserter Lern- und Bildungsausstattung sowie die Anstellung gut qualifizierten Lehrpersonals und anderen Qualitätsverbesserungen vor. „Laufende Investitionen in den Bildungsbereich und insbesondere in die Sekundarschulen sind für die geplante Entwicklung Nepals zu einem inklusiven und prosperierenden Land mittleren Einkommens bis 2030 von herausragender Bedeutung und unerlässlich“, erklärte Sungsup Ra, Leiter der Abteilung für menschliche und soziale Entwicklung der ADB in Südasien anlässlich der Bekanntgabe der Kreditzusage. „Das Projekt soll die Bemühungen des Staates unterstützen, die Anzahl der Schüler/-innen mit erfolgreichem Sekundarschulabschluss und die Effizienz des Bildungssystems insgesamt zu erhöhen.“ Im Jahr 2015 hatten nur 47 Prozent aller Schulabgänger/-innen die Abschlussprüfung nach der

10. Klasse bestanden. Das Programm zielt auf die Verbesserung der Unterrichtsqualität für 6,3 Millionen Schüler/-innen und verbesserte Arbeitsbedingungen für 153.200 Lehrer/-innen in über 34.000 Schulen.

## Anwohner des Melamchi Wasserversorgungsprojekts fordern Nutzungsgebühr

Anwohner im Einzugsgebiet des Melamchi Wasserversorgungsprojekts (MWSP) fordern die Zahlung einer Nutzungsgebühr in Höhe von fünf NRs pro 10.000 Liter Wasser, das von dort aus ins Kathmandu-Tal geleitet werden soll. Ein entsprechendes Gesuch wurde von Vertretern des Komitees zur sozialen Entwicklung des *Hyalmo-Sindhu-Melamchi*-Tals beim zuständigen Ministerium für Wasser- und Sanitärversorgung eingereicht. Die Forderung nach einer Ausgleichszahlung im Interesse der lokalen Bevölkerung, ähnlich wie beim Bau und Betrieb von Wasserkraftwerken, wird damit begründet, dass das Wasser, das in Zukunft nach Kathmandu fließen wird, ebenso gut zum Bau eines Wasserkraftwerks und/oder für ein Bewässerungssystem vor Ort hätte verwendet werden können. Das Ministerium hat inzwischen einen Expertenausschuss einberufen, der innerhalb von 45 Tagen einen Bericht mit Empfehlungen erstellen soll, wie mit diesem Anliegen umgegangen werden soll.

## Besuch des indischen Staatspräsidenten

Der indische Präsident Pranab Mukherjee kam kürzlich zu einem dreitägigen offiziellen Besuch nach Nepal. Es war der erste Besuch eines indischen Staatsoberhauptes seit 18 Jahren. Zuletzt hatte sich 1998 Präsident K R Narayanan zu einem mehrtägigen Besuch im Land aufgehalten. Die Ankunft von Präsident Mukherjee wurde von Spannungen überschattet, die durch das Verhalten und die politische Einmischung Indiens in den Monaten vor und nach Verabschiedung der Verfassung 2015 sowie die unausgesprochene Verhängung einer vier Monate dauernden Blockade nach dem schweren Erdbeben verursacht wurden. Diese Blockade hatte massive negative Auswirkungen auf die Wirtschaft, die das Leid der vom Erdbeben betroffenen Bevölkerung noch erheblich verschärfte. Die Wut und Enttäuschung darüber sind immer noch nicht überwunden und belasten die bilateralen Beziehungen. Allerdings gilt Präsident Mukherjee als ein langjähriger Freund Nepals mit guten und engen Verbindungen

zu führenden Politikern im Land, einschließlich Ministerpräsident Pushpa Kamal Dahal. Mukherjee spielte bei der Vermittlung und dem Zustandekommen des historischen 12-Punkte-Abkommens von 2005, das die maoistischen Rebellen an den Verhandlungstisch brachte, eine Schlüsselrolle. Dieses Abkommen bildete die Grundlage für die Beendigung des bewaffneten Konflikts und den späteren Abschluss des Friedensabkommens im Frühjahr 2006. Daher war dieser Besuch mit großen Erwartungen und der Hoffnung verknüpft, verlorenes Vertrauen wieder herzustellen und die Verbundenheit zwischen den beiden Staaten zu erneuern.

### Regierung will wichtige Heilpflanzen schützen

Die Regierung hat Anfang November 2016 eine Studie in Auftrag gegeben, um den Status von zehn wertvollen, einheimischen Heilpflanzen zu klären und Empfehlungen zum Schutz und der nachhaltigen Nutzung dieser Pflanzen zu erarbeiten. Die Studie wird von einer Fachabteilung des zuständigen Ministeriums für Wald- und Bodenschutz MoFSC (*Ministry of Forest and Soil Conservation*) begleitet und soll im nächsten Jahr mit einer Bestandsaufnahme der natürlichen Verteilung der jeweiligen Pflanzenarten und ihrer Katalogisierung beginnen. Auf dieser Grundlage soll ein Gutachten darüber erstellt werden, wie sie gesammelt und genutzt werden, und welche Arten gefährdet sind. Außerdem sollen diejenigen Heilpflanzen identifiziert werden, die nachhaltig genutzt und vermarktet werden können. So kann damit Einkommen erzielt und ein Beitrag zur Sicherung und Verbesserung der Lebensgrundlage der lokalen Bevölkerung geleistet werden. Es handelt sich um folgende Heilpflanzen: Runzlige Perowskie (*Neopicrorhiza scrophulariifolia*), Nardenähre oder Indische Narde (*Nardostachys grandifolia*), Knabenkraut (*Dactylorhiza hatagirea*), Eisenhut (*Aconitum spicatum*), Sumpfbaldrian (*Valeriana jatamasi*), Waldknoblauch (*Allium wallichii*), Einbeere bzw. Liliengewächs (*Paris polyphylla*), Feinblättriger Sellerie (*Salinum tenuifolium*), Hahnenfuß (*Delphinium denudatum*) und Eibenbeere (*Taxus wallichiana*). Nepal weist aufgrund seiner geographischen und klimatischen Bedingungen ein hohes Potenzial für den Anbau und die Nutzung von Heilpflanzen auf. Das Sammeln von Kräutern und Heilpflanzen erfolgt bisher in der Regel nicht nachhaltig.

### Exhumierung von Opfern des Maoistenaufstands

Die Kommission zur Untersuchung von erzwungenem Verschwindenlassen CIEDP (*Commission of Investigation on Enforced Disappeared Persons*) will in Kürze mit

der Ausgrabung von Leichen „verschwundener“ Opfer beginnen, die während des zehnjährigen Maoistenaufstands entführt, umgebracht und anschließend vergraben wurden. Der Kommission liegen aus der Zeit des Aufstands 2942 Strafanzeigen wegen erzwungenem Verschwindenlassens vor. Der genaue Aufenthalt von vielen Betroffenen muss noch ermittelt werden. Die meisten Opfer wurden vermutlich von den Konfliktparteien getötet, das heißt von Sicherheitskräften oder maoistischen Kadern. Die technischen Vorbereitungen laufen bereits. Laut der englischsprachigen Tageszeitung *The Himalayan Times* hat die Kommission begonnen, Exhumierungs-Experten unter Vertrag zu nehmen, Sicherheitskräfte zu schulen und einige vorgesehene Ausgrabungsstätten zu kartographieren. Außerdem habe die CIEDP mit Detailuntersuchungen von über 400 Fällen erzwungenen Verschwindenlassens begonnen, die Ende Dezember 2016 abgeschlossen sein sollen. Mit ersten Ausgrabungen soll ab Januar 2017 begonnen werden. Die CIEDP hat laut *The Himalayan Times* bereits über 350 mögliche Standorte identifiziert, an denen Exhumierungen geplant sind. Die meisten Fälle des erzwungenen Verschwindenlassens werden Sicherheitskräften der nepalischen Armee, der bewaffneten Polizeikräfte APF (*Armed Police Force*) sowie der nepalischen Polizei angelastet.

### Lesung von Gesetzentwurf gegen Folter erneut vertagt

Ende Oktober wurde die geplante Lesung eines Gesetzentwurfs gegen Folter erneut vertagt. Der Entwurf war bereits zwei Monaten zuvor beim Komitee für Staatliche Angelegenheiten eingereicht worden. Der Vorsitzende des Komitees, Dil Bahadur Gharti, erklärte dazu, das parlamentarische Komitee habe noch andere, ebenfalls wichtige Gesetzesvorlagen zu diskutieren. Die Eingabe des Gesetzentwurfs gegen Folter war vor zwei Jahren anlässlich der Verhaftung des Armeeeoffiziers Oberst Kumar Lama in England registriert worden. Gemäß internationalen Vereinbarungen ist Nepal verpflichtet, Folter zu kriminalisieren und unter Strafe zu stellen. Außerdem muss ein mit entsprechenden Kompetenzen ausgestattetes Gericht eingerichtet werden, um Folturvorfälle, wie gegen Oberst Lama, untersuchen und strafrechtlich verfolgen zu können. Seit dem Freispruch von Lama wegen „mangelnder Beweise“ ist nach Einschätzung von Menschenrechtsverteidiger(inne)n der Wille zu einer schnellen Verabschiedung des Gesetzes jedoch merklich gesunken. „Die Regierung scheint die Freilassung von Oberst Lama als einen Sieg anzusehen“, meint etwa Ram Bhandari, Generalsekretär eines Op-

ferverbands, und führt weiter aus: „Die Regierung hat uns falsche Versprechungen gemacht, ohne Mindestvoraussetzungen für eine rechtliche Aufarbeitung solcher Fälle.“

## Kommunalwahlen immer noch in weiter Ferne

In Nepal haben die letzten Kommunalwahlen vor 20 Jahren stattgefunden. Eine ganze Generation junger Menschen ist aufgewachsen, ohne jemals funktionierende lokale Körperschaften, mithin Keimzellen für demokratisches Bewusstsein und Engagement, gesehen und erlebt zu haben. Nachwuchspolitikern blieb seither die Möglichkeit versagt, ihren Reformwillen und ihre politischen Fähigkeiten in demokratischen Diskussions- und Dialogprozessen basisnah zu erproben. Dem ganzen Land wird auf diese Weise seit 20 Jahren das verfassungsgemäß verbrieftete Recht auf lokale Demokratie, Selbstbestimmung und Rechenschaftslegung vorenthalten, ein wichtiger Grund dafür, dass die Gesellschaft in vielen Bereichen stagniert. In Abwesenheit gewählter lokaler Körperschaften und somit eingeschränkter Kontroll- und Rechenschaftspflicht auf lokaler Ebene, blüht die Korruption. Obwohl sich sämtliche Parteien zur Notwendigkeit der Durchführung von Kommunalwahlen verbal bekennen, unternimmt niemand etwas, damit sie endlich stattfinden. Nach der Verabschiedung der neuen Verfassung war zwischenzeitlich Hoffnung aufgekeimt, es würde sich jetzt etwas bewegen. Die Verfassung schreibt vor, dass bis Januar 2018 Wahlen für das Bundesparlament, die Provinz-Versammlungen und für kommunale Körperschaften durchzuführen sind. Danach soll die jetzige Übergangszeit enden und eine neue Ära beginnen, in der die Geschicke des Landes durch gewählte Körperschaften auf allen Regierungsebenen demokratisch gelenkt werden. Nimmt man die gebrochenen Versprechen der letzten zehn Jahre zum Maßstab, dann könnte es länger dauern, bis dieser Zustand erreicht ist.

## Konzept für lokale Strukturreform vorgelegt

Die Kommission für lokale Strukturreform LLCR (*Local Level Restructuring Commission*) hat ein seit langem angekündigtes Konzept für die administrative Neuordnung in der zukünftigen föderalen Staatsstruktur vorgelegt. Demnach würde die Anzahl lokaler gewählter Körperschaften, das heißt der Dorf- und Stadträte, auf maximal 744 begrenzt. Die Kriterien für diese Vorlage sehen vor, dass ein Dorfrat VDC (*Village Development Committee*) zukünftig in der Hochgebirgsregion als Richtwert eine Bevölkerungszahl von 13.000, in der mittleren Bergregion von 22.000 und

in der Tiefebene Terai von 40.000 aufweisen soll. Für städtische Kommunen beziehungsweise Stadtbezirke wurden die Einwohnerzahlen wie folgt festgelegt: in der Hochgebirgsregion 17.000, in der mittleren Bergregion 31.000 und im Terai 75.000. In der Vergangenheit hatte es im Zuge der anstehenden Gebiets- und Strukturreform Auseinandersetzungen um die Frage der Anzahl und Größe der Kommunen gegeben. Dabei war die Befürchtung geäußert worden, dass ein Teil der Bevölkerung in abgelegenen Gebieten des Landes vom Zugang zu kommunalen und staatlichen Dienstleistungen ausgeschlossen sein könnte, falls die Anzahl der ursprünglich vorgesehenen 565 Verwaltungseinheiten begrenzt worden wäre. Es bleibt abzuwarten, wie viel Akzeptanz der jetzt vorgelegte Vorschlag bei den politisch Verantwortlichen findet.

## Amtsenthbungsverfahren gegen Leiter der Antikorruptionsbehörde eingeleitet

Ende Oktober einigten sich führende Politiker dreier großer politischer Parteien überraschend darauf, ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Leiter der Antikorruptionsbehörde CIAA (*Commission for the Investigation of Abuse of Authority*) Lokman Singh Karki einzuleiten. Die Vorsitzenden von CPN/UML (*Communist Party of Nepal/ Unified Marxist-Leninist*), KP Sharma Oli, und CPN Maoist Centre, Pushpa Kamal Dahal, sowie der Präsident des *Nepali Congress*, Sher Bahadur Deuba, trafen sich am Amtssitz von Premierminister Dahal in Baluwar, um das gemeinsame Vorgehen und Prozedere abzustimmen. Dabei sollten auch andere, drängende politische Fragen wie die Durchführung der seit langem angekündigten Kommunalwahlen, notwendige Nachbesserungen der Verfassung, Erdbebennachsorge und Wiederaufbau besprochen werden. Der Verfahrensantrag gegen Singh war zunächst von 157 Abgeordneten der CPN Maoist Centre und der CPN/UML am 19. Oktober im Parlament eingereicht worden. Der Nepali Congress, mit 207 Abgeordnetensitzen die größte dort vertretene Partei, hatte sich zunächst nicht klar positioniert. Lokman Singh Karki, als CIAA-Chef suspendiert, wurde bereits bei seiner Amtseinführung vorgeworfen, eine unrühmliche Rolle bei der Unterdrückung der gegen die autokratische Herrschaft von Ex-König Gyanendra gerichteten Volksbewegung gespielt zu haben und selbst in hohem Maß korrupt zu sein. Während seiner Amtszeit fiel er durch willkürliche Maßnahmen gegen ihm missliebige Politiker auf, die einen Amtsmissbrauch nahelegen.